

## "Schengener Abkommen: Grenzen dicht für offene Grenzen" in Die Presse (28. April 1995)

**Quelle:** Die Presse. 28.04.1995. Wien. "Schengener Abkommen: Grenzen dicht für offene Grenzen", auteur:Böhm, Wolfgang , p. 3.

**Urheberrecht:** (c) Die Presse

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/schengener\\_abkommen\\_grenzen\\_dicht\\_fur\\_offene\\_grenzen\\_in\\_die\\_presse\\_28\\_april\\_1995-de-ae094797-c6c7-4b20-be2a-f304dfbaa6a5.html](http://www.cvce.eu/obj/schengener_abkommen_grenzen_dicht_fur_offene_grenzen_in_die_presse_28_april_1995-de-ae094797-c6c7-4b20-be2a-f304dfbaa6a5.html)

**Publication date:** 16/03/2015

## Schengener Abkommen: Grenzen dicht für offene Grenzen

*Österreich unterzeichnet heute den Beitritt zum Schengener Abkommen. Die Teilnahme am „Europa der offenen Grenzen“ wird aber noch ein teures und umstrittenes Unterfangen.*

### VON WOLFGANG BÖHM

Offene Grenzen für den Personenverkehr scheinen eine logische Folge des Europäischen Binnenmarkts. Denn warum sollten Menschen weiterhin bei jedem Schlagbaum überprüft werden, während Waren ohne Kontrollen quer durch die EU verschickt werden können? Weil die Europäische Union selbst mit ihren Vorbereitungen noch nicht so weit ist, haben sich einige Staaten entschlossen, diesen Schritt vorweg zu nehmen. Sie vereinbarten das Schengener Abkommen, das heute, Freitag, auch von Österreich unterzeichnet wird. Es sieht die Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen den Vertragspartnern vor.

Zweifelsfrei ist die Logik, die zu diesem Abkommen geführt hat, umstritten ist aber dessen Umsetzung. Denn die offenen Grenzen können nur durch zahlreiche Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Die sind nicht nur teuer, sondern schaffen auch zwei Klassen von Menschen: EU-Bürger, die alle Vorteile einer schnellen sowie unbürokratischen Grenzabfertigung genießen und Angehörige von Drittstaaten, die nun schärfer als bisher kontrolliert werden. Schon wird von einem neuen „Eisernen Vorhang“ zwischen West- und Osteuropa samt negativen politischen und wirtschaftlichen Folgen gewarnt.

Um die Umsetzung des Schengener Abkommens für alle Beteiligten erträglich zu gestalten, müssen die Grenzstationen zumindest ausgebaut, Zulaufstraßen verbreitert und auch die Flughäfen umgebaut werden. Allein am Schwechater Flughafen wird mit Umbaukosten von 400 Millionen Schilling gerechnet. Besonders aufwendig wird die Vorbereitung auf Schengen, weil nicht alle EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen unterzeichnet haben. So muß bei der Grenzabfertigung nicht nur zwischen EU-Bürgern und Drittstaaten-Angehörigen, sondern auch zwischen Schengen- und Nicht-Schengen-Angehörigen unterschieden werden.

Bisher nehmen nur Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten, Spanien und Portugal aktiv am Schengener Abkommen teil. Einige EU-Mitgliedstaaten wie Großbritannien, Dänemark oder Irland machen vorerst auch keine Anstalten den Vertrag zu unterschreiben. In Frankreich, das sich eine dreimonatige Probezeit ausgehandelt hat, werden im laufenden Wahlkampf indessen Stimmen laut, die bereits wieder einen Rückzug aus dem Abkommen fordern. Präsidentschaftskandidat Jacques Chirac sprach sich für eine Neuverhandlung aus, falls sich die Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen für die innere Sicherheit als ungenügend erwiese. Auch andere Staaten sehen ein Sicherheitsrisiko: Offene Grenzen bedeuten ja auch, daß Kriminelle aus anderen EU-Staaten ohne Kontrolle einreisen können.

Um das Sicherheitsrisiko durch das Wegfallen der Grenzkontrollen auszugleichen, sieht das Abkommen eine engere Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden vor. Straftäter sollen bei Bedarf auch über die Landesgrenze hinweg verfolgt werden dürfen. Belgische Polizisten können schon derzeit Verbrecher bis nach Deutschland verfolgen. Italienische Carabinieri in Innsbruck sind also nur noch eine Frage der Zeit.

Besondere Hoffnung setzen die Initiatoren auf die verstärkte Sicherung der Außengrenzen. Mit der Hilfe eines gemeinsamen Computer-Fahndungssystems (SIS) sollen unliebsame Eindringlinge zurückgehalten werden. Allerdings sollen nur die Angehörigen von Drittstaaten mit Hilfe der Datenbank überprüft werden. EU-Bürger werden so wie bisher kontrolliert. Psychologisch heikel ist in diesem Zusammenhang, daß damit etwa Angehörigen von osteuropäischen Staaten suggeriert wird, sie seien ein größeres Risiko als EU-Bürger.

Liest man etwa einen Bericht des deutschen Innenministeriums zum Schengener Abkommen, so wird deutlich, daß es bei diesen Kontrollen in erster Linie nicht um den Schutz vor Verbrechen geht, sondern um eine effiziente Abschottung vor illegalen Zuwanderern: „... dabei geht es insbesondere um die Klärung der Einreiseberechtigung“. Im Zentralcomputer des Schengener Informationssystems (SIS), der sich in Straßburg befindet, sind bereits zwei Millionen Datensätze eingespeichert. Laut einem französischen Regierungsbericht wird bereits über eine Verknüpfung dieser Daten mit den Fahndungsdaten der künftigen europäischen Polizeibehörde (Europol) nachgedacht.

Österreich wird nach der Unterzeichnung nicht nur Computer an allen Grenzposten installieren, sondern auch seinen Grenzschutz im Osten personell verstärken. Laut Innenministerium, sind dafür rund 4400 Planstellen vorgesehen. Die jährliche Budgetbelastung wird auf eine Milliarde Schilling geschätzt. Im Gegenzug soll bei der Kontrolle der grünen Grenze auf den Assistenzeinsatz des Bundesheers mittelfristig verzichtet werden.

Die Teilnahme an Schengen verlangt neben der Sicherung der Grenzen auch eine einheitliche Visa- und Asylpolitik. Eine Liste von 127 Staaten, deren Angehörige bei der Einreise ein Visum benötigen, wurde bereits ausgearbeitet. Österreich muß seine eigene Liste nur um die vier Staaten Barbados, Seychellen, Malediven und Trinidad erweitern. Auch bei der Asylpolitik, die im europäischen Vergleich sehr streng geregelt ist, gibt es kaum Anpassungsbedarf. Flüchtlingsorganisationen kritisieren allerdings am Schengener Abkommen, daß es eine Aufnahme von Flüchtlingen in der EU fast völlig verhindere. In der Regel werden nämlich Asylwerber in „sichere Drittländer“ zurückgeschickt, gleich ob sie dort eine Chance auf ein faires Aufnahmeverfahren bekommen oder nicht. „Kein Ruhmesblatt“, so "ein Flüchtlingsexperte, die EU mache die Grenzen völlig dicht, um selbst untereinander die Grenzen zu öffnen.